

Westdeutschland, die für die Erhaltung des Friedens eintreten, in wesentlichen Fragen zu größerer Konsequenz zu gelangen.

Große Bedeutung für die Festigung der Einheit der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hatte die in der Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates enthaltene Feststellung, daß das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze sind. Diese Erklärung fand ein breites zustimmendes Echo unter der christlichen Bevölkerung.

Die Praxis hat die Richtigkeit der Politik von Partei und Staat gegenüber Christentum und Kirche bestätigt.

Die westdeutschen Militaristen und Imperialisten setzten in der Vergangenheit große Hoffnungen darauf, die christlichen Schichten unserer Bevölkerung in Gegensatz zur Arbeiter-und-Bauern-Macht zu bringen und sie zu konterrevolutionären Aktionen aufzuwiegeln. Diese Absichten haben sich ganz und gar als Illusion erwiesen. Dem politischen Klerikalismus ist in der Deutschen Demokratischen Republik ein für allemal der Boden für sein menschenfeindliches Wirken entzogen. Die westdeutsche Militärkirchenpolitik ist vor den Christen der Deutschen Demokratischen Republik entlarvt und stößt auch in Westdeutschland auf zunehmenden Widerstand. Selbst in jenen kirchlichen Kreisen, die in der Vergangenheit starken politischen Schwankungen ausgesetzt waren, hat in der letzten Zeit, besonders aber nach dem 13. August 1961, ein spürbares Umdenken begonnen.

10. Die bewaffneten Organe der Arbeiter-und-Bauern-Macht

Entsprechend den Beschlüssen des V. Parteitages haben die bewaffneten Organe unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht ihre Aufgaben beim Schutz des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik, der Sicherung der Staatsgrenze und der Abwehr von Provokationen ehrenvoll erfüllt.

Das sozialistische Bewußtsein und die hohe Einsatzbereitschaft unserer Soldaten, Wachtmeister und Kämpfer, Unteroffiziere, Offiziere und Generale zeigte sich besonders bei der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls am 13. August 1961 und den damit im Zusammenhang getroffenen Maßnahmen zum Schutz des Friedens und der Sicherheit unserer Republik. Die Angehörigen der bewaffneten Organe haben damit einen ent-